



Erster Job für Becker-Tochter

Anna Ermakowa modelt bei der Berliner Fashion Week. *Panorama*

Energieeffizienz: Ältester Kühlschrank im Kreis ist 65 Jahre alt

118 Teilnehmer bei Wettbewerb. *Seite 11*

Der Tiger kehrt zurück

Population in Indien wächst überraschend stark. *Panorama*



DONNERSTAG, 22. JANUAR 2015 | 70. JAHRG. | NR. 18

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG - SEIT 1946

3864 | J | 1,80 EURO

„Katwarn“ warnt vor Katastrophe

App Alarmierung erfolgt über das Handy

■ **Rheinland-Pfalz.** Warnungen vor Katastrophen sollen Handynutzer in Rheinland-Pfalz in Zukunft direkt auf ihrem Mobiltelefon empfangen. Als erstes Flächenland meldet Rheinland-Pfalz über das mobile Katastrophenwarnsystem „Katwarn“ drohende Gefahren wie Chemieunfälle oder Großbrände, wie das Innenministerium Rheinland-Pfalz berichtet. Nicht nur, was passiert ist, sondern auch konkrete Handlungstipps gibt es dann kostenlos über die App oder per SMS.

Das System gibt es für Smartphones bereits seit 2012. Bislang war der Service nach Angaben des Entwicklers, des Fraunhofer-Instituts für Offene Kommunikationssysteme, aber nur für einzelne Kommunen, Landkreise oder Stadtstaaten möglich.

Über die App oder auch via SMS und Mail sendet das System ortsbezogene Warnungen kostenlos auf die Mobiltelefone, sofern die Nutzer angemeldet sind. Egal ob Ferienhaus, Kita oder die Wohnung der Oma: Die App kann bis zu sieben Regionen auf einmal überwachen. Gehörlose werden mittels Vibration informiert.

Gewarnt wird auch bei Atomunfällen oder aufziehenden Unwettern. Wenn Orkanböen oder Hochwasser kommen, schlagen die Meteorologen ebenfalls Alarm. Die Verantwortung für die Alarmierung liegt jeweils bei der zuständigen Behörde – wie der Feuerwehrleitstelle, der Stadt oder dem Landkreis.

Die „Katwarn“-App steht kostenlos zur Verfügung im App Store, im Google Play Store und im Windows Store.



Was Pegida in Dresden ist, nennt sich in Leipzig Legida: Dort konnte die umstrittene Bewegung weit weniger Teilnehmer mobilisieren als erwartet. Foto: afp

Pegida marschiert ohne „Führer“

Eklat Lutz Bachmann, Chef der Bewegung, tritt zurück – Ermittlungen wegen Volksverhetzung

Von unseren Berliner Korrespondenten Gregor Mayntz und Eva Quadbeck

■ **Berlin/Leipzig.** Dem islamkritischen Legida-Bündnis ist es am Mittwochabend nicht gelungen, Zehntausende Teilnehmer für eine Demonstration in Leipzig zu mobilisieren. Nach dem Demonstrationsverbot in Dresden waren die Protestler dorthin ausgewichen und hatten sich unter dem Namen des Pegida-Ablegers Legida versammelt. Aus Protest gegen den Aufmarsch hatten 19 Gruppen eigene Kundgebungen angemeldet – ihre Demonstration war deutlich größer und lauter.

Die Pegida-Bewegung stand am Mittwoch vor einer Zerreißprobe. Die Staatsanwaltschaft hat gegen den Chef des Vereins, Lutz Bachmann, Ermittlungen wegen Volksverhetzung aufgenommen. Da-

raufhin geriet er innerhalb des Bündnisses, das seit wenigen Tagen den Dialog mit Politik und Medien sucht, so unter Druck, dass er zurücktreten musste. Von Bachmann war ein selbst geschossenes Foto bekannt geworden, auf dem er mit Seitenscheitel und Schnauzbart als Hitler posiert. Zudem soll er Ausländer in sozialen Netzwerken als „Viehzeug“ und „Drecksack“ beschimpft haben.

„Mit den einschlägigen Anführern von Pegida rede ich nicht, und davon kann ich auch nur jedem Demokraten abraten“, sagte CDU-Vize-Chefin Julia Klöckner unserer Zeitung. Jemand, der sich in Hitler-Pose ablichten lasse, sei für die CDU kein Gesprächspartner.

Bundespräsident Joachim Gauck mahnte vor dem Hintergrund extremistischer Gewalttaten und Pegida-Demonstrationen den Zusammenhalt der Gesellschaft an: „Die

Polarisierung schwächt, was unser Land stabil und berechenbar gemacht hat und was Vertrauen zwischen den Bürgern geschaffen hat.“

Das Leipziger Legida-Bündnis gilt als radikaler als die Pegida-Bewegung. Unter den Leipzigern sollen auch Rechtsextremisten, Angehörige von Kameradschaften und Hooligans sein. Die Polizei, die auch



Boulevardblätter zeigten die Aufnahme von Pegida-Chef Bachmann in Hitlerpose. Jetzt ermittelt die Staatsanwaltschaft gegen ihn.

schon vor den zahlreichen Pegida-Demos über Überlastung klagte, schlägt nun Alarm. „Das bedeutet, dass andere Aufgaben bei Schutz und Kriminalitätsbekämpfung liegen bleiben“, hieß es vonseiten der Gewerkschaft der Polizei. In Leipzig halfen neun Hundertschaften der Bundespolizei aus. Insgesamt waren 4000 Polizisten im Einsatz.

Weil sich die Alternative für Deutschland (AfD) zu sehr an Pegida annähert, ist die zweite rheinland-pfälzische Vizechefin Beatrix Klingel aus der Partei ausgetreten. Die 60-Jährige hatte schon früher betont, sie könne die Fixierung von Teilen der Partei auf die Themen Islam und Einwanderung nicht nachvollziehen. „Ich will nicht der Steigbügelhalter für einen vielleicht entstehenden deutschen Front National sein“, sagte sie.

Mehr auf Politik

Kompakt

Handballer vor Einzug ins WM-Achtelfinale

■ **Doha.** Die deutschen Handballer stehen bei der Weltmeisterschaft in Katar kurz davor, ihr Minimalziel frühzeitig zu erreichen: Nach den bislang überraschend starken Auftritten reicht der Mannschaft von Bundestrainer Dagur Sigurdsson heute gegen Argentinien (17 Uhr, nur im Bezahlender Sky) bereits ein Unentschieden, um das Achtelfinale zu erreichen. Mit einem Erfolg gegen die Südamerikaner sowie zum Vorrundenabschluss gegen Saudi-Arabien käme das DHB-Team sogar als Gruppensieger weiter – was im Vorfeld nicht zu erwarten war.

Mehr im Sport

Merkel: Korrekturen beim Mindestlohn

■ **Berlin.** In der großen Koalition ist der Streit über den Mindestlohn neu entflammt. Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) kündigte beim Neujahrsempfang des CDU-Kreisverbandes Greifswald eine Reduzierung der Bürokratie beim Mindestlohn an. „Denn wir wollen kleineren Unternehmen das Leben nicht zu einer dauerhaften bürokratischen Herausforderung machen“, sagte Merkel. Seit dem 1. Januar gilt in Deutschland ein Mindestlohn von 8,50 Euro pro Stunde. Die Unternehmen beklagen insbesondere die umfangreichen Dokumentationspflichten, die der Mindestlohn mit sich bringt. Bis zu einem monatlichen Verdienst von 2958 Euro muss die exakte Arbeitszeit der Arbeitnehmer dokumentiert werden. Die CDU fordert, dass diese Schwelle auf 1900 Euro abgesenkt wird. Die Wirtschaftspolitik in der Fraktion wollen bereits am 3. Februar einen entsprechenden Antrag zur Abstimmung stellen. Die Sozialdemokraten reagierten empört auf den Vorstoß. *qua*

Die gute Nachricht

Hachenburg stellt seine Qualität unter Beweis

Das wird ein gutes Vorbild für andere sein: Die Löwenstadt Hachenburg im Westerwaldkreis ist die erste „rezertifizierte“ Qualitätsstadt in Rheinland-Pfalz. Nachdem die Kommune bereits im Jahr 2011 als erste „Q-Stadt“ im Land von der bundesweiten Initiative Service-Qualität Deutschland ausgezeichnet wurde, ist den 15 teilnehmenden Betrieben und Institutionen nun die Wiederholung gelungen. Ziel der Initiative ist es, die Beratung, den Kauf und/oder den Besuch in einer Stadt zu verbessern. Dazu pflegen die Qualitätsbetriebe einen ständigen Austausch untereinander sowie mit ihren Kunden.

Mehr auf Politik

Tages-Thema

Griechenland wählt

Wenige Tage vor der Parlamentswahl in Griechenland liegt das Linksbündnis Syriza in der Wählergunst deutlich vorn. Laut Umfragen kommt die Partei von Alexis Tsipras auf 30,4 beziehungsweise 33,5 Prozent. Die Konservativen von Regierungschef Antonis Samaras landen bei 26,4 beziehungsweise 27 Prozent. Wie die Wahl am Sonntag das Land verändern kann, lesen Sie auf Tages-Thema



Die meisten Zuwanderer sind aus der EU

Migrationsbericht Statistik widerspricht der Warnung vor einer Islamisierung in Deutschland

■ **Berlin.** Die auf den Pegida-Kundgebungen geäußerte Sorge einer drohenden Islamisierung Deutschlands lässt sich statistisch nicht belegen. Das geht aus dem am Mittwoch offiziell vorgelegten Migrationsbericht für 2013 hervor. Demnach kamen mehr als drei Viertel aller Zuwanderer aus Europa. Polen steht dabei an erster Stelle. Bundesinnenminister Thomas de Maizière (CDU) erteilte unterdessen Forderungen

nach einem Einwanderungsgesetz erneut eine Absage. Es gebe in Fragen der Zuwanderung viel zu tun, aber am wenigsten bei gesetzlichen Regelungen. Die Grünen halten jedoch ein Einwanderungsgesetz für notwendig.

Nach dem Bericht ist 2013 die Zahl der Zuwanderer auf 1,23 Millionen gestiegen – so viele wie seit 20 Jahren nicht mehr. Das waren 13,5 Prozent mehr als noch ein Jahr zuvor. Zeitgleich verließen 800 000

Menschen die Bundesrepublik, 12 Prozent mehr als 2012. Unterm Strich gab es einen „Wanderungsgewinn“ von 430 000 Menschen. Laut Bundesregierung hatten von den 80,6 Millionen Einwohnern rund 15,9 Millionen einen Migrationshintergrund. Noch nicht berücksichtigt ist in dieser Statistik die Flüchtlingswelle im vergangenen Jahr. Der Innenminister zerstreute bei der Vorstellung des Berichts ebenfalls Ängste einer angeblichen

Islamisierung. In der großen Gruppe der Zuwanderer aus Europa seien Muslime eine „verschwindende Minderheit“. Unter den Asylbewerbern schätzte er ihren Anteil auf 60 Prozent. 109 580 Asylanträge wurden 2013 gestellt. Zugleich verwies er darauf, dass seit Jahren mehr Menschen aus der Türkei Deutschland verlassen als in die Bundesrepublik ziehen.

Mehr auf Politik

SERVICE & FREIZEIT

Freizeit-Kompass 20
Intermezzo: Roman, Horoskop 29
Ihr aktuelles TV-Programm 30

WIR FÜR SIE

Aboservice Tel: 0261/9836 2000
Anzeigen Tel: 0261/9836 2003
Redaktion Tel: 0261/892 240

WETTER

3° Bewölkt. Überwiegend stark bewölkt oder trübe. Vereinzelt Schneegriesel oder Regen. Temperaturen von minus 1 bis maximal 3 Grad.
Wetter Seite 32

WEITERE THEMEN HEUTE

Simmern investiert in Straßenausbau

Die Kreisstadt investiert in diesem Jahr kräftig in die Sanierung ihrer Straßen. Unter anderem am Felsenweg, in der Brühlstraße und in der Aulergasse werden bald die Bagger rollen.
Lokales Seite 13

DAX knackt erneut Höchstmarke

Der DAX ist erstmals in seiner Geschichte über die Marke von 10 300 Punkten gestiegen – einen Tag vor wichtigen geldpolitischen Beschlüssen der EZB.
Wirtschaft Seite 8

DGB: Mit Vollgas zu Fachkräften

Die Landesregierung hat eine Fachkräftestrategie entwickelt, der DGB-Landesvorsitzende sagt im Interview: Jetzt muss sie die Pläne auch mit Vollgas umsetzen.
Forum Seite 2

Der Anfang vom Ende Jugoslawiens

Vor einem Vierteljahrhundert ging die Kommunistische Partei Jugoslawiens unter. Es folgten blutige Bürgerkriege und das Ende des Vielvölkerstaates.
Politik Seite 5

Wenn die Beine im Bett zappeln

Wer sich abends ins Bett legt, entspannt. Bei rund 10 Prozent der Menschen ist das aber leider nicht so: Sie verspüren dann einen unnatürlichen Bewegungsdrang.
Leben Seite 10

Rhein-Zeitung.de

Informieren Sie sich schnell und immer aktuell über Nachrichten aus der Region und der Welt mit unserem Online-Angebot.

Auch hier können Sie mit uns Kontakt aufnehmen:
twitter.com/rheinzeitung
facebook.com/rheinzeitung



4 190386 401808